



*Ausgabe: Oktober 2021*

## **Demokratie-Newsletter**

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie» .....	2
2. Gerichtsurteile .....	3
2.1 Bundesgericht .....	3
2.2 Kantonale Entscheide .....	4
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) .....	5
3. Neue Volksinitiativen .....	5
4. Publikationen .....	5
5. Dokumentation und Kontakt .....	6



## 1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

- NZZ** 01.10.2021, S. 18  
Klimarettung per Gerichtsentscheid? – Klimaklagen häufen sich. Gerichte können aber nicht den Schutz der Allgemeinheit vor weit entfernt liegenden Gefahren erwirken, denen bloss durch Verhaltensanpassungen der gesamten Gesellschaft entgegengetreten werden kann. ([Link](#)) (Gastkommentar von Prof. Dr. Vito Roberto und Dr. iur. Jürg Fisch)
- NZZ** 07.10.2021, S. 9  
Stimmrechtsalter: Können 16-Jährige den Handy-Vertrag nicht durchschauen, einen EU-Rahmenvertrag dagegen schon? – Jugendliche dürfen bis 18 gewisse Verträge nicht unterschreiben. Die Befürworter des Stimmrechtsalters 16 trauen den Jugendlichen aber zu, viel komplexere Fragen abschätzen zu können. Wie lässt sich dieser Widerspruch auflösen? ([Link](#))
- NZZ** 12.10.2021, S. 21  
Die globale Mindeststeuer für Grosskonzerne kommt. Ohne eine Verfassungsänderung wird dies in der Schweiz problematisch – Viele Kantone müssten als Folge der global geplanten Mindestbesteuerung für Grosskonzerne ihre Steuern erhöhen. KMU sollen aber nicht betroffen sein. Die Sache ist rechtlich sehr problematisch. «Unter Umständen ist eine Verfassungsänderung nötig», betont ein Steuerrechtsprofessor. ([Link](#))
- NZZ** 15.10.2021, S. 7  
Mehr Macht für die Städte – dem Föderalismus zuliebe – Die Krise hat die Schwachstellen des Föderalismus offengelegt. Erich Fehr, der Stadtpräsident von Biel, eröffnet eine kleine NZZ-Serie zum Thema, mit einem Plädoyer für mehr Orientierung an funktionalen Räumen und das Städtereferendum. ([Link](#))
- TA** 17.10.2021  
Städte und Gemeinden sollen Gesetze kippen können – Die Corona-Krise befeuert die Debatte um den Föderalismus. Nun fordern Vertreter der Städte und Gemeinden mehr Einfluss auf Bundesebene. ([Link](#))
- NZZ** 21.10.2021, S. 17  
Der Bundesrat kann, kann, kann . . . Die Änderung des Covid-19-Gesetzes ist ein weiterhin verfassungswidriges Vorhaben – Mit dem Covid-19-Gesetz hat der Bundesrat ein Kompetenzgeschenk angenommen. Doch Bundesgesetze dürfen keine inhaltsarmen Blankettgesetze sein. ([Link](#)) (Gastkommentar von Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley)



21.10.2021

Der Zertifikatstest – Am 28. November kommt das Covid-19-Gesetz zur Abstimmung. Im Zentrum der Kritik steht dabei das Covid-Zertifikat. Wahrt es die Grundrechte? Die WOZ hat die Vorlage geprüft. ([Link](#))



25.10.2021

“Gesetzliche Grundlage fehlt” – Covid-Zertifikat · Eine rechtliche Analyse von anonymen Autoren kritisiert die neue Verordnung des Bundesrats zum Zertifikat. Staats- und Verwaltungsrechtler kommen zum Schluss: Die Kritik ist berechtigt. ([Link](#))



25.10.2021

Parteien unisono gegen die Justizinitiative – Richterwahlen · Ende November entscheiden die Stimmberechtigten, wie die höchsten Richter künftig gewählt werden. Die Parteien lehnen die Initiative ab. Sie teilen alle Richtersitze unter sich auf. Und verlangen von den Gewählten Abgaben. ([Link](#))

NZZ

25.10.2021 (nur online)

Die Justizinitiative ist staatspolitisch verfehlt – Die Justizinitiative würde zu einer inakzeptablen Schwächung der Bundesversammlung und des Bundesgerichts als Verfassungsorganen führen und ist aus staats- und justizpolitischer Sicht klar abzulehnen. ([Link](#)) (Gastkommentar von Prof. Dr. Ulrich Meyer)

NZZ

27.10.2021, S. 17

Krisen sind Zeiten der Exekutive – Notrecht wirft Fragen auf – Notrecht ist eines der grossen Schlagworte in der Corona-Krise: Für die einen regiert der Bundesrat hart an der Grenze zur Diktatur, für andere übernimmt er in der Notlage Verantwortung und geht voran. Wo liegen die Tücken des Notrechts, wo gibt es Handlungsbedarf? ([Link](#)) (Gastkommentar von Prof. Dr. Felix Uhlmann)

NZZ

29.10.2021, S. 16

Justiz-Initiative: Die Schuldunfähigkeit der Schweizer Politik

Die Justiz-Initiative will, dass Richterinnen und Richter parteipolitisch unabhängig und nur aufgrund ihrer fachlichen und persönlichen Fähigkeiten in einem qualifizierten Losverfahren gewählt werden. ([Link](#))

## 2. Gerichtsurteile

### 2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 23. September 2021 ([1F 40/2018](#)) (franz.)

Revisionsgesuch gegen den Entscheid [1C 320/2015](#) – Der Gesuchsteller macht neue Tatsachen in Bezug auf Abstimmungsintervention eines Mitglieds des Staatsrats Genf geltend – Das Bundesgericht weist das Revisionsgesuch ab.



*Urteil des Bundesgerichts vom 27. September 2021 ([1C\\_160/2021](#)) (franz.)*

Ersatzwahlen eines Mitglieds des Staatsrats Genf vom 28. März 2021 – Die Beschwerdeführenden fechten den Entscheid der Wahlbehörde, die Liste „Evolution Suisse“ aufgrund einer verpassten Frist nicht mehr am 2. Wahlgang teilnehmen zu lassen, an und verlangen die Annullierung des Wahlgangs – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



*Urteil des Bundesgerichts vom 27. September 2021 ([1C\\_221/2021](#)) (franz.)*

Ersatzwahlen eines Mitglieds des Staatsrats Genf vom 28. März 2021 – Der Beschwerdeführer ficht den Entscheid der Wahlbehörde, die Liste „PDC-PBD, Le Centre“ zum 2. Wahlgang zuzulassen an und verlangt die Rückweisung an die Vorinstanz – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. – Siehe auch [1C\\_407/2021](#)



*Urteil des Bundesgerichts vom 29. September 2021 ([1C\\_576/2021](#))*

Volksabstimmungen vom 26. September 2021 – Der Beschwerdeführer fordert die Aberkennung des Wahlergebnisses aufgrund Nichterhalts der Wahlunterlagen – Das Bundesgericht tritt mangels Zuständigkeit nicht auf die Beschwerde ein und überweist die Beschwerde an den Regierungsrat Zürich.



*Urteil des Bundesgerichts vom 14. Oktober 2021 ([1C\\_610/2021](#))*

Kantonale Volksabstimmung vom 26. September 2021 zum Klimaschutz-Artikel – Mangels Einhaltung der Formerfordernisse von Art. 106 Abs. 2 BGG tritt das Bundesgericht gemäss Art. 108 Abs. 1 BGG nicht auf die Beschwerde ein.



*Urteil des Bundesgerichts vom 14. Oktober 2021 ([1C\\_611/2021](#)) (franz.)*

Volksabstimmungen vom 26. September 2021 – Der Beschwerdeführer macht diffuse Gründe gegen die Anerkennung des Abstimmungsergebnisses geltend – Mangels Einhaltung von Art. 42 BGG tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.

## 2.2 Kantonale Entscheide



*Urteil des Verwaltungsgerichts Genf vom 20. September 2021 ([ACST/32/2021](#))*

Gültigerklärung der kantonalen Volksinitiative „Pour un urbanisme plus démocratique à Genève“ – Die Beschwerdeführenden machen geltend, dass die Initiative gegen übergeordnetes Recht, namentlich das RPG, verstosse – Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



*Urteil des Verwaltungsgerichts Genf vom 20. September 2021 ([ACST/33/2021](#))*

Teilweise Ungültigerklärung der kantonalen Volksinitiative „Pour un urbanisme plus démocratique à Genève“ – Der Grosse Rat erachtet eine Norm der Initiative, welche ein Konsultativabstimmungsverfahren vorsieht, als unvereinbar mit der Kantons- sowie der Bundesverfassung, die Beschwerdeführenden bestreiten dies – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab.



### 2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

### 3. Neue Volksinitiativen



#### Überblick hängige Volksinitiativen<sup>1</sup>

- Initiativen im Sammelstadium ([10](#)) (0)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([4](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([4](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([4](#)) (-2)



#### Botschaft des Bundesrates vom 17. September 2021

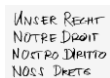
In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)“ empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative und die Annahme des indirekten Gegenvorschlags. ([BBI 2021 2383](#))



#### Einfacher Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2021 2315](#))

### 4. Publikationen



ELSER DOMINIK, Unvollständige Sorge um den Rechtsstaat in der Corona-Pandemie, Unser Recht vom 26. Oktober 2021 ([Link](#))



NIGGLI MARCEL ALEXANDER, Corona-Massnahmen und Verfassung, Anwaltsrevue 2021, S. 426 ff. ([Swisslex](#))



ZELLER FRANZ/LIENHARD ANDREAS/TSCHANNEN PIERRE/TSCHENTSCHER AXEL, Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2020 und 2021 (I. - IV.), ZBJV 157/2021, S. 565 ff. ([Swisslex](#))

---

<sup>1</sup> Stand 31.10.2021.



ZELLER FRANZ/LIENHARD ANDREAS/TSCHANNEN PIERRE/TSCHECHTSCHER AXEL, Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2020 und 2021 (V. - VIII.), ZBJV 157/2021, S. 589 ff. ([Swisslex](#))

## 5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)  
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)  
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:  
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

### Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie  
Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Universität Zürich  
[lst.kley@rwi.uzh.ch](mailto:lst.kley@rwi.uzh.ch)

### Redaktion

Sandro Trapani  
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley  
Isabel Liniger, MLaw